

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

<p>Bezugspreis mit Illustr. Beilage Post und Zeit für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1,90 Mark. — Durch die Post 2.— Mark ohne Beleggeld. — Einzelnummer 10 Pfg. — Telefon Sammelnummer 72208 Volkskassentkonto Nr. 53477</p>	<p>Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72208. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208</p>	<p>Anzeigenpreise: Die 10erzeile, Kolonelleile 30 G. Pfa., bei Platzvorrat 35 G. Pfa., Familiennachrichten von Privatisten die 10erzeile, Kolonelleile 15 G. Pfa., Reklamezeile 1,50 Goldm., Inserate v. ausw.: die 10erzeile, Kolonelleile 35 G. Pfa., bei Platzvorrat 40 G. Pfa., Reklamezeile 1,75 Goldm. Annahme bis 9 Uhr vorm</p>
---	---	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Vormarsch der Rifftabulen.

Kämpfe um die Fez-Taza-Linie.

Friedensangebot und dennoch Beruhigungspillen.

Paris, 7. Juli.
Das offizielle Kommuniqué aus Fez besagt: Der Feind hat, wie verlautet, in der gestrigen Nacht unsere Stellungen am Oberen Ueben bei Bab-Taza heftig angegriffen. Trotz der auf feindlicher Seite eingeleiteten Truppenmengen ist es gelungen, den Gegner nach erbitterten Kämpfen unter schweren Verlusten zurückzuschlagen. Die Erfolge haben auf die Haltung der Stämme nördlich Taza einen günstigen Einfluss ausgeübt. — Ein weiteres Kommuniqué lautet: Um jeder Eventualität vorzubeugen, sind angehörende der Besatzung des Feindes die Frauen und Kinder der Stadt Taza zur Verhaftung aufgefordert worden, die Stadt zu verlassen. Die Räumung ist ungestört vollzogen worden. Die gesamte männliche Bevölkerung verbleibt in Taza.

SPD. Paris, 6. Juli.

Die kritische Zuspitzung der militärischen Lage in Marokko stellt die französische Regierung vor folgenschwere Entscheidungen. Nachdem man wochenlang der öffentlichen Meinung die Wahrheit vorzuenthalten und Sieg über Sieg gemeldet hat, wo in Wirklichkeit Abd el Krim eine von Woche zu Woche sichbarer in Erscheinung tretende militärische Überlegenheit zu erlangen vermocht hat, wird am Montag zum ersten Male amtlich zugegeben, daß die Entwicklung auf dem marokkanischen Kriegsschauplatz eine verhängnisvolle Wendung genommen hat, die vorgezeichneten strategischen Plänen auf einem großen Teil der Front durchbrochen sind und der Massenabfall der höher entwickelten Stämme nicht nur die einzige Bahnlinie, die das nördliche Marokko mit Algier verbindet, ernstlich bedroht, sondern auch den Besitz der beiden wichtigsten Städte Fez und Taza fast gefährdet. Ein außerordentlich französischer Ministerrat trat daher am Montagabend zusammen, um über die Lage in Marokko zu beraten. Wie die Dinge liegen, gibt es für Frankreich nur zwei Auswege aus der Klemme: entweder einen raschen Friedensschluß mit Abd el Krim oder die Fortsetzung der militärischen Operationen in wesentlich vergrößertem Umfange als bisher, d. h. die Entsendung neuer beträchtlicher Verstärkungen an Material und Menschen zur Einstellung einer großen Offensive gegen Abd el Krim. Indessen wird von den militärischen Sachverständigen selbst zugegeben, daß Frankreich dadurch in einen Kolonialkrieg von langer Dauer verwickelt werden kann. Die wiederholten Erklärungen, die Painlevé und Briand in beiden Kammern des französischen Parlaments abgegeben haben, lassen keinen Zweifel darüber, daß die zuständigen Regierungsstellen bisher der Auffassung gewesen sind, daß ein Friedensschluß mit Abd el Krim erst dann möglich sei, wenn durch einen entscheidenden Sieg das militärische Prestige Frankreichs und damit seine Autorität in den nordafrikanischen Kolonien wiederhergestellt ist. Die Entwicklung der letzten Wochen dürfte aber auch die französische Regierung davon überzeugt haben, daß die von den Nationalisten mit Unterstützung der gesamten Rechtspresse verlangte Offensive zu einem für Frankreich sehr kostspieligen Abenteuer werden kann, das allzu leicht zahlreiche Menschenleben, Material und Geld verschlingen wird. Die Regierung scheint sich infolgedessen für den Versuch entschlossen zu haben, auf dem von den französischen Antiparpartei geforderten Verhandlungswege zu einem Friedensschluß mit Abd el Krim zu gelangen.

Die Rifftabulen haben ihren Marne-Sieg errungen. Die französischen Truppen — da helfen keine Beschwichtigungsversuche der Regierung — haben eine Niederlage erlitten, die den gesamten französischen Kolonialbesitz in Afrika gefährdet. Scheinbar ein Kolonialadventur, ward der Kampf der französischen Truppen gegen die von Abd el Krim geführten Marokkaner sehr bald zu einem regelrechten Krieg, der ganz Frankreich in Mitleidenschaft ziehen mußte, wozu Jaurès vor dem Weltkrieg jahraus, jahrein warnte, konnte jetzt nicht mehr verhindert werden: der Marokko-Krieg war eines schönen Tages da. Um so zeitgemäßer klingen die Worte, an die die Sozialistische Politik und Wirtschaft, die Korrespondenz von Paul Levi, dieser Tage erinnert. Im November 1913 rief Jaurès den französischen Kriegstreibern zu:

Zu, es ist höchste Zeit, es ist höchste Zeit, um für heute und für morgen eine neue Politik zu beginnen. Wie lange wollt ihr in Marokko weiter euer System befolgen, wie lange noch eure Expeditionen durchführen und unsere Millionen verschwenden? Ich weiß, ihr bereitete neue militärische Maßnahmen vor. Die Zeitschrift Das militärische Frankreich hat etwas von euren Plänen enthüllt, sie hat den projektierten militärischen Plan offenbart; man wird nichts in der Taza-Gegend unternehmen, man kennt da die Schwierigkeiten, man kennt die Berge, man kennt den Widerstand, der da zu überwinden wäre. Aber alles ist bereit und man wird die marokkanischen Berge bewohnen zwischen den Kräften, die aus Fez kommen und denen, die aus dem Osten herbeieilen, umklammern. Die Expedition ist in allen Details vorbereitet.

Der Plan, der schon 1913 ausgeheckt worden war, wurde 1925 ins Werk gesetzt. Doch die Kräfteverhältnisse hatten sich inzwischen verändert.

Die Situation in Marokko bietet das typische Bild einer militärischen Niederlage. Der Kolonialkrieg, der frisch und fröhlich von dem französischen Militärkommando inszeniert worden ist, hat bis

jetzt nicht das Ergebnis zeitigen können, das weitere Erfolge sichern könnte. Die Eingeborenen-Stämme, die bis jetzt zu Frankreich gehalten haben, würden nur so lange im Einflußbereich der französischen Kolonialisten bleiben können, als sie Aussicht hätten, ihre Lage auf diese Weise zu verbessern. Nun es den Anschein hat, daß der Krieg Abd el Krim zum Nutzen zum mindesten in einer sehr zweideutigen Weise ausgetragen werden wird, ist der Abfall der Eingeborenen unvermeidlich geworden. Die Krise in der militärischen Situation der Franzosen hat in Paris begreiflicherweise eine erregte Stimmung hervorgerufen. Die Presseberichte der „unständigen Stellen“ machen die angestrengtesten Versuche, die Beunruhigung zu beheben, indem in der üblichen Kriegsberichterstatemanier darauf hingewiesen wird, daß der Verrat einzelner Stämme „eine bei Kolonialkriegen unvermeidliche Episode“ sei. Zugleich wird aber berichtet, daß die spanisch-französische Konferenz, die nicht nur über eine gemeinsame Blockade der marokkanischen Küste Verhandlungen gepflogen hat, mit einem gemeinsamen Friedensangebot an Abd el Krim in Erscheinung getreten sei. Es handele sich, wie der Madrider Berichterstatter des Journal in einer Unterredung mit Malou erfahren haben will, um ein öffentliches Friedensangebot und nicht etwa um halbhoftige Vorschläge, die durch Mittelpersonen überbracht werden sollten. Die Vorschläge sollen Abd el Krim und der Rifftabulierung die volle wirtschaftliche und administrative Freiheit unter der Oberhoheit des Sultans von Marokko garantieren. Abd el Krim werde weiterhin nur einen Teil seiner Waffen abzuliefern brauchen.

Wie die obigen Meldungen über die Lage an der Marokko-Front zeigen, macht es den Eindruck, als läme das Friedensangebot recht reichlich zu spät. Und wir vermissen in der Haltung der französischen Regierung auch die notwendige Entschlossenheit, dem Marokkobentender ein Ende zu bereiten und den Friedensweg mit Energie und Aufrichtigkeit zu beschreiten. Erst in seiner letzten Rede, die er aus Anlaß des amerikanischen Unabhängigkeitstages in Paris gehalten hat, erklärte Painlevé mit aller Präzision:

„Wir müssen die Völker, die noch nicht unseren Grad der Zivilisation erreicht haben, bei der Hand nehmen. Wenn wir in Marokko kämpfen, so wollen wir keine Unterdrückung, sondern wir sind die Soldaten der Zivilisation.“

Nun, die Leute Abd el Krim scheinen sich auch für Soldaten der Zivilisation zu halten, und durch ihre Kriegsführung haben sie bewiesen, daß wenigstens einige militärische Bräuche der modernen Zivilisation ihnen vollkommen vertraut sind. Frankreich steht jetzt dank seiner zivilisatorischen Politik in einer akuten Krise drin, aus der ein Ausweg für die heute in Frankreich herrschenden Kreise kaum noch möglich ist. Gerade deshalb haben wir schon seit Beginn des Marokkokrieges gefordert, daß unsere französische Bruderpartei eine konsequente sozialistische Haltung zu der Marokkostrategie einnehmen sollte. Es ist hier nur wenig oder fast gar nichts damit getan, daß man die Regierung auf irgendwelche friedlich lösenden Resolutionen festlegt. Denn der Kapitalismus kann nicht anders, als in seiner imperialistischen Expansion auch die Methoden anzuwenden, die sich aus den Notwendigkeiten der privatkapitalistischen Profitinteressen ergeben. Es ist ja auch das Merkmal der privatkapitalistischen Einstellung, daß sie die Konsequenzen und Auswirkungen ihrer eigenen Politik nie im vorhinein abzukühnen vermag, und deshalb sich selbst immer wieder ihr Grab bereitet.

Es ist aber nicht möglich, daß eine sozialistische Partei zu der Politik eines kapitalistischen Staates gerade auf dem Gebiete der kolonialen Eroberungen eine halbwegs vernünftige Haltung einnimmt. Wir weisen schon darauf hin, wie wenig in den Reden und Taten des französischen Ministerpräsidenten Painlevé die Forderungen und Prinzipien der Liga für Menschenrechte, deren Ehrenmitglied (nicht Präsident, wie wir ursprünglich versehenlich meldeten) er ist, zum Ausdruck kommen. Wir machen hieraus der französischen Liga für Menschenrechte, deren Verdienste gerade im Angesicht der politischen und grundsätzlichen Watschlappigkeit der deutschen Schwarz-Rot-Gold-Republikaner nicht hoch genug eingeschätzt werden können, keinerlei Vorwürfe. Der Kapitalismus kann nicht über sich hinausgehen. Aber diese Tatsache muß erkannt werden, und alle Illusionen, die das Proletariat in seinem Kampfe gegen eine Politik, wie sie auch die „linksten“ bürgerlichen Republikaner schwerlich vermeiden können, die aber für die Arbeiterklasse schlechterdings untragbar ist, behindern, müssen schonungslos vernichtet werden.

Die gegenwärtige Situation stellt an die französischen Sozialisten die Anforderung, prinzipienfester und grundsätzlicher zu sein denn je und sich in keiner Weise beeindrucken zu lassen von den Einflüsterungen des Bürgerlums, das da von staatspolitischen Notwendigkeiten faselt. Möge die schwere Stunde die französische Arbeiterklasse geistig vorfinden!

Der Reichstag an der Arbeit.

Inklines aus den Ausschüssen.

Das Plenum ist vertagt. Um so eifriger sind die Ausschüsse an der Arbeit. Die Garderoben des Reichstages weisen nur wenige Hüte auf. Raum fünf bis sechs Duzend Reichsboten weisen im Hohen Hause. Trotzdem wird fieberhaft gearbeitet. Vieltundenlange Sitzungen in den Ausschüssen, auf deren Abschlüsse das Plenum wartet.

Im Zollausschuß beschäftigt man sich in den Morgenstunden des Montags noch immer mit der zusammengefaßten Position „Steine und Erden“. Ein merkwürdiges Bild. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien, ein paar Demokraten ausgenommen, sitzen und stehen herum, als ob sie die Verhandlungen gar nicht berühren. Kaum, daß hier und da ein Deutschnationaler, ein Volksparteiler das Wort ergreift. Das ganze Bestreben der Regierungsparteien ist darauf gerichtet, die Verhandlungen so schnell als irgendmöglich zum Abschluß zu bringen. Das deutsche Volk soll dafür büßen, daß sich die Großagrarier und Großindustriellen nicht schnell genug zu einigen vermochten. Und weil die Zollvorlage deshalb um Monate verzögert wurde, soll nunmehr durch ein entsprechend abgekürztes Verfahren all das nachgeholt werden, was die Regierung an Zeit versummt.

Der Aufwertungsausschuß sitzt über zwei Gesetzentwürfen länger als acht Wochen. Der Zolltarif, die Grundlage für die gesamte Handels- und Wirtschaftspolitik für lange Jahre, soll in Eizugstempo durchgepeitscht werden. So wollen es die Deutschnationalen, die Volkspartei, das Zentrum. Bereits in der vergangenen Woche hatte der Nachfolger Dr. Heims, der Direktor der Bayerischen Landesbauernammer, Dr. Horlacher, beantragt, die Einzelberatung der Positionen in Bausch und Bogen vorzunehmen.

Gestern morgen zeigten die Redner der sozialdemokratischen Fraktion erneut die Gefahren der Hochschulzölle für alle die Positionen, die unter dem Stichwort „Steine und Erden“ zusammengefaßt sind, in ihrer ganzen Größe auf. Was wunder, daß, noch ehe diese Gruppe abgeschlossen wurde, die bürgerliche Rechte mit einem neuen Guillotine-Antrag kam. Nach Beendigung der Mittagspause setzte sich der deutschnationale Vorsitzende Perlitius für ein abgekürztes Verfahren ein. Wie sich später herausstellte, war es wiederum Herr Dr. Horlacher, der den Antrag eingebracht hatte und der sich demzufolge erneut als Hausrecht betätigte. Man verlangte, daß den Fraktionen für jede der fünfzehn Untergruppen je eine Stunde Redezeit zur Verfügung gestellt werden sollte. Da im wesentlichen nur Sozialdemokraten, Demokraten und die Kommunisten reden, wäre so mit einer schnelleren Erledigung der Industriezölle zu rechnen. Die sozialdemokratischen Vertreter setzten sich dieser Verkürzung des Verfahrens mit aller Schärfe entgegen. Sie erreichten denn auch, daß zunächst einmal die Debatte über die Gruppe Steine und Erden fortgeführt wurde. Daß aber die Bürgerlichen unter Führung des Herrn Dr. Horlacher über kurz oder lang die Guillotine definitiv ansehen werden, ist absolut gewiß.

In den Abendstunden ging dann der Zollausschuß zu der Gruppe Textilien über, die infolge ihrer Bedeutung abermals längere Zeit in Anspruch nehmen dürfte.

Die munterste Type im Zollausschuß ist der Syndikus Schneider aus Hosterwitz. Er ist Vorstandsmitglied des Verbandes Sächsischer Industrieller und Syndikus des Dresdner Bankhauses Bondi und Watzon. Er hat seinen Platz unmittelbar neben dem deutschnationalen Vorsitzenden Perlitius und betätigt sich als freiwilliger Kommissar des Reichswirtschaftsministers Dr. Neuhaus. Wenn Blide töten könnten, dann wären jetzt bereits sämtliche sozialdemokratischen Vertreter im Zollausschuß zur Strecke gebracht. Man muß das Mienenpiel dieses sächsischen Abgeordneten beobachten, der recht eigentlich die Interessen der Fertigungsindustrie, die zum mindesten gegen die Rohstoffzölle gerichtet sein müssen, vertreten sollte. Nichtsdestoweniger ist er der Hochschulzöllner par excellence. Eigentlich führt er die Geschäfte des Ausschusses, wozu er sich wohl als Syndikus besonders prädestiniert hält. Er ist der geistige Urheber des verkürzten Verfahrens. Schade, daß die Republik noch keine neuen Orden hat. Während der Zoldebatten dürfte Herr Dr. Schneider irgendeinen großen Vogel reichlich verdienen.

Wenige Säte weiter trat gestern die Enquete-Kommission für Agrarzölle zusammen. Sie tagt im Fraktionszimmer der Demokratischen Partei, das gewisse historische Reminiszzenzen erweckt. Man sieht dort Eugen Richter in einer recht kitschigen Skulptur verkörpert. Trotz des Bronzeanstreiches läßt sich die Unschicklichkeit des Materials nicht verbergen. Vielleicht sind es die Kehrtrauen gewesen, die dies aller Welt offenbarten. Gips für den freikunigen Verfasser der „Sparagnes“.

Der Vorsitzende der Getreideenquete ist der frühere Sozialdemokrat August Müller, der zur Zeit der Barmatenthüllungen das Weite suchte. Er eröffnete die Verhandlungen der Enquete-Kommission, die auf Vorschlag der Sozialdemokraten zusammengesetzt wurde. Sie soll eine ganze Reihe Fragen beantworten, die von den Sozialdemokraten, den Kommunisten